

Beschluss der 37. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendrings Niedersachsen e.V. am 01.03.2014

ePartizipation in der digitalen Gesellschaft

Beteiligung in der digitalen Gesellschaft braucht Transparenz und die Einbettung in politische Prozesse. Gelingende Partizipation erfordert, dass Beteiligung ernst gemeint und gewollt und ein Bezug zur Lebenswelt der Beteiligten gegeben ist. Genau hier kann ePartizipation Brücken bauen.

Selbstorganisation ist ein Strukturprinzip in der Arbeit von Jugendverbänden, Beteiligung ist ihr Thema! Genau wie viele gesellschaftliche Akteur-innen stehen auch sie heute vor der Herausforderung, die eigenen, gewachsenen Beteiligungsstrukturen wie z.B. Delegation und Repräsentation zu überprüfen, neue Formen zuzulassen, mit ihnen zu experimentieren und Beteiligungskulturen weiterzuentwickeln. ePartizipation bietet hierfür wichtige Impulse. Auch digitale Umgebungen stehen erst am Anfang. In den letzten Jahren ist die mobile Datennutzung enorm gestiegen und digitale Kommunikation hat sich vor allem in der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen fest verankert. Wir können heute nicht absehen, wie diese Entwicklungen weitergehen und welche Formen digitaler Medien wir zukünftig nutzen werden. Daher ist es gerade heute wichtig, grundlegende Bedingungen für ein freiheitliches und demokratisches digitales Netz der Zukunft zu schaffen und Zugangsgerechtigkeit zu ermöglichen. Viele Fragen sind offen und müssen breit diskutiert werden: eine Herausforderung für Politik, Gesellschaft und das einzelne Individuum.

Netzpolitische Forderungen

Die Jugendverbände im Landesjugendring Niedersachsen fordern einen umfassenden Dialog aller gesellschaftlichen Akteur-innen für eine bestmögliche Netzpolitik. Dies gilt insbesondere in Bezug auf Datenschutz, Privatsphäre (informationelle Selbstbestimmung), Urheberrechte und Netzneutralität mit dem Ziel, in unserer Gesellschaft Demokratie, Freiheit und Grundrechte in den digitalen Netzen sicherzustellen.

Das heißt vor allem:

- Freier Zugang zum Internet: Grundvoraussetzung für ein demokratisches, freiheitliches Netz ist die Möglichkeit der gleichberechtigten Teilhabe am Internet für alle. Dies erfordert zum einen die flächendeckende Versorgung mit zukunftsgerichteten Breitband-Anschlüssen, insbesondere in den ländlichen Gebieten. Darüber hinaus müssen die Nutzung des Internets und das Verfügen über zeitgemäße digitale Medien für alle Mitglieder der

Gesellschaft möglich sein. Zum Dritten gewährleistet Netzneutralität - also die wertneutrale Datenübermittlung im Internet - den gleichberechtigten Zugang zu Informationen.

- **Datenschutz und -sicherheit:** Die Gewährleistung von Datenschutz und Sicherheit ist eine zentrale Herausforderung für (Netz-) Politik. Die Bürgerinnen müssen jederzeit nachvollziehen können, wie ihre Daten von wem genutzt werden. Und sie müssen auf verstehbare Art und Weise die Nutzung steuern können.
- **Informationsfreiheit als Grundlage für Mitbestimmung:** Im Sinne von Open-Data und Open Government gilt es, offene und transparente Prozesse und Schnittstellen in den politischen Entscheidungen zu etablieren. Der einfache Zugang zu und das unmittelbare Auffinden von Informationen sind hier grundlegende Voraussetzungen, um Beteiligungsprozesse zu initiieren und zu verankern.
- **Qualifizierung und öffentliche Debatte:** Um eine möglichst breite Teilhabe an neuen Politik-Formen und Beteiligungsmöglichkeiten zu erreichen, bedarf es großer Anstrengungen. Medienkompetenz ist eine zentrale Schlüsselkompetenz der Zukunft und muss tief in der Gesellschaft verankert werden. Um eine digitale Spaltung der Gesellschaft zu verhindern, bedarf es entsprechend breit angelegter Maßnahmen und einer öffentlichen Debatte, die neue Formen von gesellschaftlicher Mitbestimmung und Teilhabe diskutiert und voranbringt.

Jugendpolitische Forderungen

Niedersachsen geht einen Erfolg versprechenden Weg in der medienpolitischen Debatte. Nun kommt es darauf an, Qualifizierungsbausteine nachhaltig zu verankern und Beteiligungsplattformen zu initiieren. Medienkompetenz muss als Querschnittsaufgabe verstanden, gefördert und etabliert werden. Dabei kommt dem Feld der Jugendarbeit eine besondere Bedeutung zu - wird doch hier der Fokus auf gesellschaftliche Teilhabe und Mitbestimmung gelegt. Geeignete Ansatzpunkte bieten hier die vom Landesjugendring entwickelten Partizipationsmodelle, wie sie z.B. im Medienbaustein des landesweiten Förderprogramms Generation 2.0 sowie in der Qualifizierungsinitiative neXT-media und dem Projekt neXTvote erfolgreich erprobt und praktiziert werden. Auch die verschiedenen Jugendverbände nutzen digitale Medien wirksam zur verbandlichen Beteiligung und Kommunikation und entwickeln modellhafte Beteiligungsprojekte.

Jugendbeteiligung braucht geeignete Rahmenbedingungen und Erprobungsfelder - Beteiligung braucht Qualifikation! Die niedersächsischen Jugendverbände fordern daher, diese Ansätze weiter auszubauen, zu verstetigen und gesellschaftlich nutzbar zu machen.

Neben dem politischen Willen zur Förderung von Netzkompetenz sind der Austausch und die gemeinsame Weiterentwicklung geeigneter Beteiligungsformen von besonderer Bedeutung. Die Jugendverbände in Niedersachsen bringen ihre Expertise in den netzpolitischen Diskurs ein und fordern einen offenen und zukunftsorientierten Dialog zwischen allen netzpolitischen Akteur:innen.